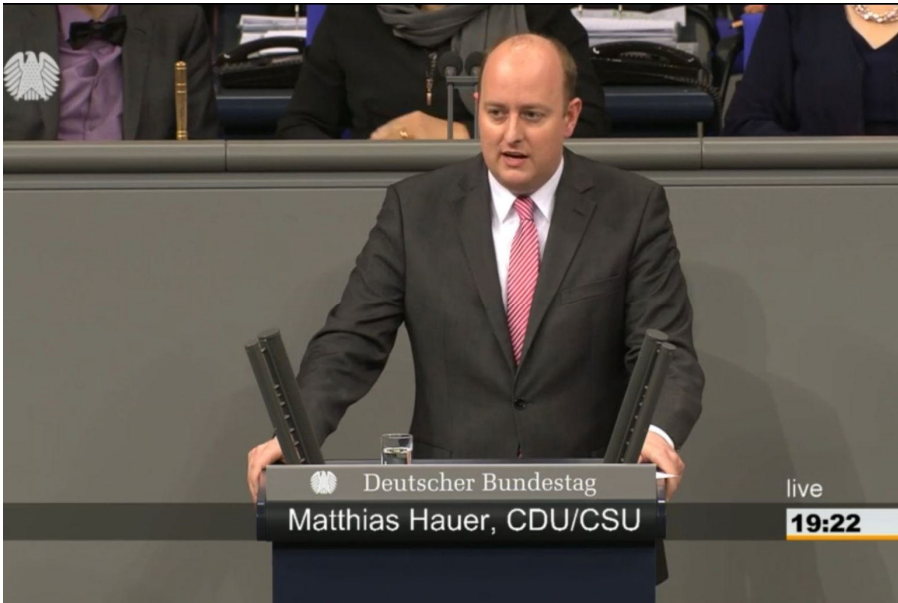


Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 4/17

31.03.2017



Matthias Hauer MdB spricht am 23. März in der ersten Beratung zur Umsetzung der Zahlungsdiensterichtlinie im Plenum des Deutschen Bundestages (siehe S. 2). © Deutscher Bundestag

Koalitionsgipfel: Einbrecher härter bestrafen

Union und SPD haben sich bei ihrem möglicherweise letzten Koalitionsausschuss am 29. März auf den Fahrplan für die nächsten Monate bis zur Bundestagswahl geeinigt. „Die Themen, die wir beschlossen haben, waren in erster Linie Themen, die uns von der CDU/CSU besonders wichtig waren“, sagte Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) nach dem Treffen im Bundeskanzleramt. So hat sich die Unionsfraktion zum Beispiel beim Verbot von Kinderehen sowie bei der härteren Bestrafung von Einbrechern durchgesetzt. Die Mindeststrafe bei Einbruch wird auf ein Jahr heraufgesetzt. Zudem vereinbarten die Koalitionspartner, dass „Verkehrsdaten“ – beispielweise Daten von Mobiltelefonen – zur Überwachung krimineller Banden herangezogen werden können. „Wir fordern bereits seit zwei Jahren ein härteres Vorgehen gegen Wohnungseinbrecher“, sagte Unionsfraktionsvorsitzender Volker Kauder. „Bundesjustizminister Heiko Maas hat sich jedoch immer verweigert. Ich bin froh, dass es nun einen Ruck in der SPD gab und wir besser gegen Einbruchskriminalität vorgehen können.“

Innere Sicherheit und Schutz vor Wohnungseinbrüchen

Mehrere Gesetzesvorhaben zur inneren Sicherheit haben außerdem das Parlament beschäftigt: Um die organisierte Einbruchskriminalität effektiver zu bekämpfen, vereinfacht der Gesetzgeber die Vermögensabschöpfung. Konkret gibt er damit Gerichten und Staatsanwaltschaften ein wichtiges Instrument an die Hand, um Kriminellen Geld zu entziehen. Diebstahl und andere Taterträge können in Zukunft schneller, wirksamer und umfassender abgeschöpft werden. Zudem ist es gelungen, das auf Betreiben der Unionsfraktion eingerichtete KfW-Programm zur Förderung des Einbruchschutzes zu erweitern: Die KfW-Förderbank unterstützt nun Umbauten zum Einbruchschutz bereits ab einer Investitionssumme von 500 Euro. Dazu gehören zum Beispiel sichere Fenster, Türen oder Alarmanlagen (mehr Informationen auf www.kfw.de/einbruchschutz). Die bisherige Mindestinvestitionssumme lag bei 2.000 Euro.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Essenerinnen und Essener!

Keine Zusatzkosten bei Zahlung mit einer gängigen Kreditkarte, mehr Rechte für Bankkunden und weniger Bürokratie bei der Aktienberatung, jungen Familien den Weg in die eigenen vier Wände erleichtern und älteren Menschen den Umbau ihres Eigenheims ermöglichen: Gerade in den vergangenen zwei Sitzungswochen hat die Union gemeinsam mit dem Koalitionspartner viele Verbesserungen auf den Weg gebracht (siehe S. 2). Als zuständiger Berichterstatter für die Unionsfraktion durfte ich dazu drei Gesetzgebungsverfahren gleichzeitig begleiten. Das hieß vor allem: Gespräche mit Ministerien, Anhörung von Experten, Verhandeln mit dem Koalitionspartner und inhaltliche Arbeit am Gesetzentwurf. Ich möchte mich daher ausdrücklich für die sehr gute Unterstützung meines Teams bedanken. Zwei der drei Gesetze konnten wir in dieser Woche im Plenum erfolgreich beschließen. Das dritte Gesetzgebungsverfahren endet voraussichtlich im Juni.

Sollten Sie Fragen oder Anregungen zur Bundespolitik haben, können Sie mich gern bei meiner **nächsten Bürgersprechstunde** darauf ansprechen: Am 12. April von 16 bis 18 Uhr stehe ich gemeinsam mit Vertretern der örtlichen CDU auf dem Kleinen Markt auf der Margarethenhöhe für Gespräche bereit. Ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen.

Ihr

Matthias Hauer MdB



Berlin



Matthias Hauer MdB spricht am 30. März im Plenum des Deutschen Bundestages zu den Änderungen bei der Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie. © Deutscher Bundestag

Verbraucherschutz bei Geldanlage und Krediten

Zu zwei Gesetzgebungsverfahren hat Matthias Hauer MdB in den vergangenen zwei Wochen im Deutschen Bundestag gesprochen; die Rede zu einem dritten Gesetz ging zu Protokoll. Für alle drei Gesetzesvorhaben ist der Essener Bundestagsabgeordnete in der Unionsfraktion zuständig. Dabei geht es um die Umsetzung der Zahlungsdiensterichtlinie (siehe Kasten rechts), das Zweite Finanzmarktnovellierungsgesetz und die Wohnimmobilienkreditrichtlinie. Was regeln diese Gesetze? Durch die Nachbesserungen bei der Wohnimmobilienkreditrichtlinie wird mehr Rechtssicherheit bei der Kreditvergabe geschaffen. Im vergangenen Jahr hatten junge Familien und Senioren oft Probleme, von ihrer Bank einen Kredit für das erste Eigenheim oder den altersgerechten Umbau zu bekommen. Die Unsicherheiten waren durch ursprünglich unklare Formulierungen im Gesetz durch das SPD-geführte Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz entstanden. Mit dem Zweiten Finanzmarktnovellierungsgesetz wird u.a. der Anlegerschutz verbessert. Künftig muss ein Anlageberater erklären, dass das empfohlene Produkt für seinen Kunden geeignet ist. Dadurch wird die Stellung der Verbraucherinnen und Verbraucher gestärkt.



Matthias Hauer MdB bei einer Rede im Plenum des Deutschen Bundestages © Deutscher Bundestag

Kartenzahlung bald ohne Gebühr

Wer zum Beispiel online ein Bahn- oder Flugticket kauft und mit Kreditkarte bezahlt, der kennt den Begriff „Zahlungsmittelentgelt“. Am Ende des Bezahlvorgangs wird auf den Ticketpreis oft noch eine Gebühr für die Nutzung einer bestimmten Zahlungsmethode aufgeschlagen. Damit soll bald Schluss sein. Der Deutsche Bundestag berät derzeit ein Gesetz (die Umsetzung der Zahlungsdiensterichtlinie), das diesen Bereich neu regelt. Matthias Hauer MdB ist in der Unionsfraktion unter anderem für dieses Gesetz zuständig. Bei Zahlungen per Überweisung, per Lastschrift oder mit gängigen Kreditkarten soll es in Zukunft kein Zahlungsmittelentgelt mehr geben. Außerdem werden sowohl die Rückbuchung von Lastschriften als auch die Haftung bei nicht autorisierten Zahlungsvorgängen, zum Beispiel beim Kreditkartenmissbrauch, verbraucherfreundlicher gestaltet. Die abschließende Beratung des Gesetzes im Deutschen Bundestag ist für Anfang Juni geplant.



Die Schülerinnen und Schüler der Albert-Einstein-Realschule vor ihrem Gespräch mit Matthias Hauer MdB im Paul-Löbe-Haus © Deutscher Bundestag

Albert-Einstein-Realschule in Berlin

Am 30. März war der Sozialwissenschaftskurs der Albert-Einstein-Realschule zu Gast im Deutschen Bundestag. Dabei trafen die Schülerinnen und Schüler der 10. Jahrgangsstufe Matthias Hauer MdB. Der Essener Bundestagsabgeordnete sprach über seinen politischen Werdegang und erklärte, wie eine Sitzungswoche im Bundestag abläuft. Anhand aktueller Gesetzesvorhaben erläuterte er auch die parlamentarischen Abläufe bis zum Abschluss eines Gesetzes. Die Schülerinnen und Schüler interessierten sich vor allem für den Umgang der Bundespolitik mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump und mit radikalen politischen Bewegungen in Deutschland sowie für die Bundestagswahl im September. Im Anschluss an das Gespräch verfolgten die Zehntklässler noch live eine Bundestagsdebatte im Plenum.

Berlin



Helena Schmidt mit Matthias Hauer MdB vor der Reichstagskuppel



Helena Schmidt nach einer Sitzung des Finanzausschusses im Paul-Löbe-Haus im Deutschen Bundestag. Die 23-Jährige hat im Februar und März ein zweimonatiges Praktikum im Bundestagsbüro von Matthias Hauer MdB in Berlin absolviert. Sie studiert im sechsten Semester „European Studies“ mit dem Schwerpunkt Politikwissenschaft. Die gebürtige Essenerin hatte sich für das Praktikum beworben, um einen Einblick in die Praxis ihres Studiengangs zu bekommen.

Helena Schmidt über ihr Praktikum im Bundestag: „Demokratie ist viel Arbeit“

Die 23-jährige Studentin Helena Schmidt hat im Februar und März ein Praktikum im Büro von Matthias Hauer MdB absolviert. Hier berichtet sie von ihren Erfahrungen:

„Direkt nach meinem Auslandssemester in Barcelona konnte ich ein Praktikum im Büro von Matthias Hauer MdB absolvieren. Ich hatte mich in meinem Politikwissenschaftsstudium zwar bereits theoretisch ausführlich mit Politik beschäftigt, aber nur eine vage Vorstellung von den realen Abläufen im Büro eines Bundestagsabgeordneten. Genau aus diesem Grund wollte ich die parlamentarische Arbeit hinter den Kulissen ganz praktisch kennenlernen. Ich wurde nicht enttäuscht. Ich ging mit in die Sitzungen des Finanzausschusses, zur fraktionsinternen Arbeitsgruppe Finanzen, durfte bei Anhörungen zu derzeit diskutierten Gesetzesvorhaben dabei sein und die Mitarbeiter innerhalb des Büros bei vielen an-

deren anfallenden Aufgaben unterstützen. Durch das Praktikantenprogramm der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erlebte ich zusätzlich einige Highlights, darunter eine Diskussionsrunde mit Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière.

Demokratische Entscheidungsfindung ist anstrengend

Ich war überrascht von der Vielfalt der Aufgaben und den komplexen Abläufen der demokratischen Entscheidungsfindung im Spannungsfeld von Exekutive und Legislative, Opposition und Regierungsmehrheit sowie den außerparlamentarischen Interessenvertretungen. Dabei wurde mir nicht nur bewusst, wie viel Arbeit Demokratie bedeutet. Ich werde in Zukunft auch eine klare Antwort darauf geben können, was parlamentarische Arbeit heißt, und jedem ins Gewissen reden, der mit einem leichten Unterton fragt, was denn diese Politiker eigentlich den ganzen Tag tun.“

Neuer Bundespräsident vereidigt

Bei einer gemeinsamen Feierstunde von Bundestag und Bundesrat am 22. März ist Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier vereidigt worden. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert nahm den Eid ab (Foto re.). In seiner Antrittsrede hielt Steinmeier ein Plädoyer für die Demokratie. Er warnte vor „Gleichgültigkeit, Trägheit und Teilnahmslosigkeit“ und rief zur Einmischung auf. Demokratie sei anstrengend, sie sei aber die „Staatsform der Mutigen“. Mut sei das Lebenselixier der Demokratie, Angst der Antrieb von Diktatur und Autokratien, sagte er – auch an die Adresse Erdogans. Der neue Bundespräsident dankte seinem Vorgänger Joachim Gauck für dessen Verdienste um das Land. Frank-Walter Steinmeier wurde am 12. Februar zum zwölften Bundespräsidenten gewählt.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (l.) und Bundestagspräsident Norbert Lammert bei der Vereidigung © Deutscher Bundestag, Achim Melde



Bild links: Matthias Hauer MdB mit dem Überraucher CDU-Chef Thomas Ziegler (5.v.r.), Bezirksvertreter Heinz Böcker (4.v.l.), Nils Sotmann (Kreisvorsitzender der Jungen Union Essen, 2.v.r.) und Lisa Kuhs (Kreisvorsitzende der Schüler Union Essen, r.) sowie Aktiven aus Überraucher nach getaner Arbeit im Wichteltal © S. Wohlmacher. Bild rechts (v.l.): Matthias Hauer MdB mit Patricia Breu (Mitglied im Kreisvorstand der Jungen Union Essen) und Lisa Kuhs

Überraucher: SauberZauber-Aktion mit Helfern im Wichteltal

Mit einem Teilnehmerrekord ist in diesem Jahr die SauberZauber-Aktion zu Ende gegangen. Tausende Menschen beteiligten sich in ganz Essen am Aufräumen und Müll sammeln. Auch Matthias Hauer MdB war mit einem Team von Freiwilligen unterwegs – dieses Mal mit der CDU Überraucher, der Jungen Union Essen sowie Aktiven aus Überraucher im Wichteltal. „Danke an alle Essenerinnen und Essener, die sich am Aktionstag in der ganzen Stadt engagiert haben“, sagt der Bundestagsabgeordnete für den Essener Süden und Westen. In diesem Jahr haben sich besonders viele Einzelpersonen, Familien und Stadtteilinitiativen be-

teilt. Über 10.000 Müllsäcke und mehrere Lkw-Ladungen Sperrmüll wurden stadtweit eingesammelt. Allein aus dem Baldeneysee haben Taucher Unrat für 30 Müllsäcke herausgefischt. „Gerade als Grüne Hauptstadt Europas 2017 wollten wir den jährlichen Aktionstag in Essen dazu nutzen, um nachhaltig zum Umdenken beim Umgang mit Müll beizutragen“, sagte Matthias Hauer.



Unterstützung für Alleinerziehende

Gemeinsam mit Christina Moos (l.), Ratsmitglied und stellvertretende Kreisvorsitzende der CDU Essen, hat sich Matthias Hauer MdB am 15. März mit dem Verband allein erziehender Mütter und Väter (VAMV NRW e.V.) ausgetauscht. Nicola Berkhoff (2.v.l.) und Antje Beierling aus dem Vereinsvorstand stellten die Arbeit und die Anliegen des Verbandes vor. Im Zentrum des Gesprächs standen die aktuellen Regelungen des Bundes zum Unterhaltsvorschuss und zum Ausbau der Kindertagesbetreuung. Der Verein stellte zudem das dreijährige Essener Modellprojekt „Sonne, Mond und Sterne“ vor: Damit soll es Alleinerziehenden ermöglicht werden, durch flexible, die Kita ergänzende Kinderbetreuungsangebote zum Beispiel wieder in den Beruf einzusteigen.



Gespräch mit katholischen Jugendlichen

Auf Einladung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) im Bistum Essen hat Matthias Hauer MdB am 14. März am politischen Kaminesgespräch im Jugendhaus St. Altfrid in Kettwig teilgenommen. Das politische Kaminesgespräch ist ein Veranstaltungsformat des BDKJ Diözesanverbandes, das Jugendliche und junge Erwachsene in einen direkten Austausch mit Politikerinnen und Politikern aus Bundestag und Landtag bringen will. Unter dem Motto „Lebendige Demokratie“ ging es dieses Mal um die Themen Populismus, Partizipation, Wahlalter und politische Bildung. Matthias Hauer MdB diskutierte mit den Jugendlichen am Thementisch „Partizipation“, wie man mehr Jugendliche und junge Erwachsene für gesellschaftliches Engagement gewinnen kann.



v.l.: Oberbürgermeister Thomas Kufen, Matthias Hauer MdB, Astrid Timmermann-Fechter MdB sowie Umweltdezernentin Simone Raskob in Berlin @ Jochen Tack

Grüne Hauptstadt präsentiert sich in Berlin

Bei einer Veranstaltung in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Berlin hat sich Essen am 27. März als „Grüne Hauptstadt Europas 2017“ präsentiert. Unter dem Motto "Von grün zu grau zu grün: Wandel einer Industrieregion zur Modellstadt Europas für Kultur und Umwelt" diskutierten der Essener Oberbürgermeister Thomas Kufen, Simone Raskob (Essener Umweltdezernentin und Projektleiterin der „Grünen Hauptstadt“), Peter Knitsch (Staatssekretär im NRW-Umweltministerium), Dr. Andreas Kipar (Geschäftsführer LAND Srl) sowie Dr. Ulrich Paetzel (Geschäftsführer der EmscherGenossenschaft) über den Wandel der Stadt und die Konzepte der „Grünen Hauptstadt“. Matthias Hauer MdB nahm gemeinsam mit Astrid Timmermann-Fechter und weiteren Essener Bundestagsabgeordneten an der Veranstaltung teil. In einer Ausstellung wurden zudem Fotografien von der „Grünen Hauptstadt“ gezeigt.

Parlamentarische Patenschaft nach Amerika

Seit drei Jahren unterstützt Matthias Hauer MdB jedes Jahr eine Schülerin oder einen Schüler aus Essen bei einem Austauschjahr in den USA. Die Jugendlichen nehmen am Parlamentarischen Patenschaftsprogramm (PPP) des Deutschen Bundestages und des amerikanischen Kongresses teil. Sie besuchen ein Jahr lang die Highschool und leben bei einer Gastfamilie. Die heute 18-jährige Susanna Kamionka aus Holsterhausen war die erste Stipendiatin, für die Matthias Hauer 2015 eine Patenschaft übernommen hat. Die ehemalige B.M.V.-Schülerin berichtet nun von ihrem Auslandsjahr: „Ich hätte nie gedacht, welche starken Auswirkungen dieses Auslandsjahr auf mich haben würde. Es war ein wundervolles Jahr voller Höhen und Tiefen. Ich bedanke mich noch einmal, dass ich diese Möglichkeit hatte.“ Mehr dazu erfahren Sie auf der Homepage von Matthias Hauer.



PPP-Stipendiatin Susanna Kamionka vor ihrem Austauschjahr mit Matthias Hauer MdB

Bei der SG Kupferdreh-Byfang im Stadion

Am 19. März war Matthias Hauer MdB im Wilhelm-Haneke-Stadion bei der Sportgemeinschaft Kupferdreh-Byfang zu Gast. Vereinsvorsitzender Siegbert Imberg (Mitte) und Jugendtrainer Martin Kirchberger (l.) zeigten dem Essener Bundestagsabgeordneten die Sportanlage und tauschten sich mit ihm über die aktuellen Herausforderungen des Vereins aus. „Wie in vielen Vereinen unserer Stadt investieren auch hier ehrenamtliche Vereinsmitglieder jede Menge Zeit, um das sportliche Angebot zu sichern und um den Sportlerinnen und Sportlern ein gutes Umfeld zu ermöglichen“, betonte Matthias Hauer. „Das ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern ist wichtig für unser gesellschaftliches Zusammenleben und verdient die volle Unterstützung der Politik.“



Energiepolitisches Fachgespräch bei RWE

Gemeinsam mit Matthias Heider MdB (CDU), Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, hat sich Matthias Hauer MdB am 17. März mit Vertretern der RWE AG ausgetauscht. Mit Dr. Markus Krebber (Finanzvorstand), Dr. Peter Heinacher (Leiter Public Affairs) und Stephanie Schunck (Leiterin Konzernkommunikation und Energiepolitik) sprachen die Bundestagsabgeordneten über die Auswirkungen der Energiewende in NRW. Dabei ging es vor allem um die Themen Versorgungssicherheit, Kosten der Energiewende sowie Elektromobilität. „Wir wollen Versorgungssicherheit, einen wirksamen Klimaschutz sowie eine wirtschaftlich tragfähige Energieversorgung unter einen Hut bringen“, betont Matthias Hauer.



v.l.: Dr. Markus Krebber, Dr. Peter Heinacher, Dr. Matthias Heider MdB und Matthias Hauer MdB

Kontakt



Büro Berlin

Deutscher Bundestag
Matthias Hauer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169
Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin: Dirk Stahns,
Elena Zettelmeyer und Katrin Arnholz (v.l.)



Büro Essen

Matthias Hauer MdB
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100
Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen: Nils Sotmann, Marie
Kohls und Cathérine Ricken-Lefor (v.l.)

E-Mail: matthias.hauer@bundestag.de

Facebook: facebook.com/matthiashauer.cdu

Twitter: twitter.com/MatthiasHauer

